

Wirtschaftskonferenz der Martin Luther Stiftung: Gottvertrauen hilft beim Wirtschaften

Muss sich die soziale Marktwirtschaft ändern?

Braucht die soziale Marktwirtschaft eine Neuausrichtung? Mit dieser Frage beschäftigte sich die zweite Luther-Wirtschaftskonferenz in Berlin, die von der Internationalen Martin Luther Stiftung (Erfurt) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband veranstaltet wurde. Die Bischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann (Magdeburg), vertrat die Ansicht, dass die Spekulationen an den Finanzmärkten zu einer Religion mit der Hoffnung auf schnellen Gewinn geworden seien. Man müsse darüber streiten, ob die größte Rendite Ziel der sozialen Marktwirtschaft sei oder ein Auskommen für alle. Professor Uwe Bicker (Paris) vom Stiftungsvorstand der Aventus Foundation äußerte die Überzeugung, dass ein Unternehmen nur Gemeinwohl stiften könne, wenn es Gewinne erziele. Die soziale Marktwirtschaft brauche keine Neuausrichtung. Jeder Unternehmer sei sich im Klaren darüber, dass eine kurzfristige Gewinnoptimierung nicht sinnvoll sei, wenn dies zu Lasten der Investitionen oder der Mitarbeiter gehe.

Unbehagen: Kapitalismus

Der Rechtsanwalt Rezzo Schlauch (Stuttgart) – ehemaliger Vorsitzender der „grünen“ Bundestagsfraktion – sah es anders. Nach seinen Worten empfindet die Mehrheit der Bürger Unbehagen gegenüber dem Kapitalismus. Die Vertrauenskrise greife

um sich. Unternehmer müssten sich auf einem gnadenlosen globalen Markt und gegenüber „Geiz-ist-geil-Konsumenten“ behaupten. Deshalb brauche es international gültige Wettbewerbsregeln. Während der Tagung verlieh die Luther Stiftung die „Luther-Rose“ an **Hans-Peter Keitel**, den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Der 61-Jährige habe als evangelischer Christ und Manager in beispielgebender Weise die reformatorische Tradition von Freiheit und Verantwortung für das Gemeinwohl fortgesetzt, heißt es zur Begründung.

Wovor der Glaube bewahrt

Die Festrede hielt der neue Staatsminister im Bundeskanzleramt, **Eckart von Klaeden** (CDU), über den „Mehr-Wert christlich inspirierten Wirtschaftens“. Wie er sagte, könne man zwar mit Anstand wirtschaften, ohne Christ zu sein: „Aber Gottvertrauen hilft dabei.“



BDI-Chef Keitel erhält die Luther-Rose vom Leiter der Luther Stiftung, Inacker.

Der Glaube bewahre davor, Allmachtsansprüchen zu verfallen. Er helfe dabei, ein Gespür für die Grenzen der eigenen Kraft und Macht zu haben. Wer diese Grenzen kenne, sei vor Größenwahn besser gefeit als jeder andere: „Das bewahrt vielleicht vor dem einen oder anderen riskanten Geschäft.“ Ein christlicher Unternehmer werde immer auch ein ehrbarer Kaufmann sein, „was weit mehr ist als ein ehrlicher“. Im Blick auf die Kirche sagte der Staatsminister: „Sie ist zuallererst Ort des gelebten Glaubens und kein Arm staatlicher Fürsorge. Wenn sich Kirche zum bloßen Wertelieferanten oder in einer erweiterten Sozialarbeit erschöpft, verliert sie schnell ihre Kraft.“ Die Martin Luther Stiftung möchte Protestanten aus Wirtschaft, Politik und Medien zusammenbringen und die Lehren des Reformators für die Gegenwart lebendig machen. Vorstandsvorsitzender ist **Michael J. Inacker**, Bereichsleiter für Unternehmenskommunikation & Public Affairs bei der Metro AG (Düsseldorf).



Luther-Rose

für gesellschaftliche Verantwortung und Unternehmergeist



Der neue Staatsminister im Bundeskanzleramt, Eckart von Klaeden (CDU): „Wenn sich Kirche in einer erweiterten Sozialarbeit erschöpft, verliert sie schnell ihre Kraft.“

Der Vizepräsident des italienischen Parlaments, Buttiglione, kritisiert das Straßburger Kreuz-Urteil

Betrachtet der Gerichtshof Religion als Schande?

Scharfe Kritik am Kreuz-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat der Vize-Präsident des italienischen Parlaments, **Rocco Buttiglione**, geübt. Das Straßburger Gericht hatte entschieden, dass das Anbringen von Kreuzfixen mit der Europäischen Menschenrechtskonvention unvereinbar sei. Es verurteilte den italienischen Staat, einer klagenden Bürgerin 5.000 Euro als Ausgleich für den „moralischen Schaden“ zu zahlen, dass ein Kreuz auf ihr Kind „verstörend“ wirke. In einem Beitrag für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (Berlin) meinte

der Christdemokrat, man könne sich kaum eine europäische Kultur ohne christlichen Hintergrund vorstellen. Das Gericht habe durch sein Urteil nicht ein Freiheitsrecht bekräftigt, „sondern einer Minderheit das Recht gegeben, die Mehrheit daran zu hindern, die eigene Identität in der Öffentlichkeit auszudrücken“. Ein solcher Vorgang sei nur denkbar, „wenn Religion als Schande betrachtet wird“.



BUTTIGLIONE